

**Protokoll:**

Rm Diehl (CDU) weist darauf hin, die CDU-Fraktion habe bereits im Haupt- und Finanzausschuss Stellung genommen und er wolle hier noch einmal kurz den Sachverhalt zusammenfassen. So verlockend das erste Angebot der Landesregierung erscheine, zunächst einmal für eine gute Ausstattung der Kommune zu sorgen, sei es aber für den Stadtrat doch sehr viel schwieriger, die Personal- und die Folgekosten zu berücksichtigen. Man sei der Meinung, die Stadt Koblenz lade sich hier in Punkto Folgekosten sehr viel Personalbindung mit auf und daher wolle die CDU-Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen. Man schlage vor, gemeinsam mit mehreren Kreisen eine Einheitlichkeit zu erreichen. Wenn es eine landesweite Nummer „D-115“ geben sollte, stelle sich die Frage, ob man nicht ein zentrales Callcenter einrichte, statt dies wieder in den Details auf die Kommunen abzuwälzen. Die CDU-Fraktion sehe darin ein typisches Zeichen: ein zentraler Vorschlag und dann solle es später die kleine Kommune zahlen, die sich nicht mehr wehren könne. Deshalb wolle man in dieser Angelegenheit heute nicht zustimmen.

Rm Altmaier (SPD) führt aus, die SPD-Fraktion rege an, in jedem Fall noch einmal einen Erfahrungsbericht aus Städten einzuholen, wo dieses Modell „D-115“ schon als Pilotprojekt durchgeführt worden sei. Wenn er sich richtig entsinne, sei das in Trier der Fall. Letztlich gebe es in der Stadtverwaltung Koblenz sehr viele Ämter, die in der Lage seien, Bürgeranfragen zeitnah zu beantworten. Es sollte also nicht der Eindruck entstehen, dass der Stadtrat dagegen votiere, dass Bürger von der Verwaltung besser bedient würden, sondern dass man einfach abwäge zwischen dem zusätzlichen Nutzen und dem, was an Folgekosten auf die Stadt zukomme, wenn man sich diesem Projekt „D – 115“ anschließe. Insofern wolle er für die SPD-Fraktion anregen, auf jeden Fall noch einmal den Sachstand aus einer anderen Stadt abzufragen.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann erläutert, dies sei ein Modell, das Koblenz von Seiten des Landes angeboten worden sei. Koblenz sollte in der Einrichtung dieser Institution „D – 115“ Modellstadt neben 2 oder 3 anderen Kommunen eine Modellstadt sein – dazu gehöre auch Trier. Trier habe somit auch nicht mehr Erfahrung als Koblenz. Im Vorfeld habe er schon gehört, dass man das Institut „D – 115“ sehr kritisch verfolge und ihm auch nicht zustimmen wolle. Aber die Verwaltung habe auch in den Haushaltsberatungen dargelegt, dass diese Einrichtung der zentralen Auskunft mit Qualität kommen werde. Das sei so sicher wie das Amen in der Kirche. Zudem sei dieser Schritt auch logisch und richtig unter dem Aspekt einer bürgerfreundlichen Stadt. Der Bürger solle bei dieser zentralen Stelle bereits telefonisch eine sachgerechte und mit Qualität versehene Auskunft erhalten und nicht kreuz und quer durch die Ämter verbunden werden. Insofern würden die Mitarbeiter dieser Anschlussstelle auch entsprechend fort-, weiter- und ausgebildet. Das Ziel sei, weit über 50 % der Anfragen auf diese Weise bereits einer Erledigung zuzuführen und nicht die Menschen in die Fachämter zu vermitteln. Es stelle doch eine sehr logische Ergänzung zu dem dar, was man mit dem Bürgeramt schon begonnen habe. Was bei dem unmittelbaren Aufsuchen des Bürgeramtes erfolge, könne hier mit der telefonischen Auskunft und Befragung erfolgen. Die Mitarbeiter hätten eine entsprechende Ausbildung und seien qualitativ in der Lage, nicht nur die Telefonnummer im Kopf zu haben, sondern auch in der Sache zu antworten und ihnen zur Seite gestellt sei eine Datenbank, die sofort abgerufen werden könne. Diese Einrichtung sei sachlich richtig und notwendig, wenn man eine bürgerfreundliche Stadt sein wolle, die schnelle Auskunft erteilen und die Prozesse verkürzen wolle. Das Projekt „D-115“ werde ohnehin in den Kommunen und Kreisen aufgebaut werden. Daher solle man bereits jetzt die Angelegenheit mit entsprechender Förderung des Landes anpacken. „D-115“

werde kommen und Koblenz werde dann mit entsprechender Kritik überzogen und die Leute würden fragen, warum man dies nicht schon vorher angegangen sei.

Hinzu komme, dass man nach einigen Jahren der Nutzung der jetzigen Technik eine neue Telefonanlage haben müsse. Daher müsse man ohnehin neu investieren. Die Verwaltung habe bereits in den Haushaltsberatungen gesagt, dass dies mindestens 170.000 Euro koste und dass das Land für die Neueinrichtung / Erneuerung der Anlage 250.000 Euro dazu gebe. Dies bedeute eine 100-Prozentige Subventionierung, ohne dass die Stadt Koblenz insoweit etwas dazulegen müsse. Zudem seien die Gelder in Höhe von 250.000 Euro inzwischen bereits im Hause. Der Rat schicke ansonsten diese 250.000 Euro wieder zurück in dem Wissen, dass man in der nächsten Woche im Haushaltsplan 2010 Mittel in Höhe von 170.000 Euro einsetzen müsse, die man nicht bezuschusst bekomme. Diese Aspekte wolle der Rat einfach nicht sehen, obwohl es immer wieder verdeutlicht worden sei. Es werde immer wieder seitens des Rates kritisch vorgetragen, diese Zentrale müsse später mit mehr Personal besetzt werden. Das sei zwar richtig, aber das Projekt „D – 115“ werde zukünftig kommen und dann müsse man dieses ohne Zuschuss und mit dem gleichen Personalaufwand einrichten.

Zusammenfassend bekomme die Stadt Koblenz dann eine neu Telefonanlage, ohne im Haushalt dafür eine Gegenfinanzierung vorzunehmen. Richtig ist, dass sich daraus gegebenenfalls später die Konsequenz von etwas mehr Personal einstelle. Aber dadurch erhalte man Mehrwerte in Form von kürzeren Prozessen, besserer und schnellere Auskünfte beim Bürger und es passe haargenau in das Bild der bürgerfreundlichen Verwaltung. Im Lichte dieser Argumente müsse der Rat jetzt entscheiden.

Rm Lehmkuhler (SPD) vertritt die Auffassung, der Oberbürgermeister habe den Rat soeben beschimpft. Das stelle er in aller Deutlichkeit fest. Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann habe dem Rat unterstellt, er würde bürgerunfreundliches Verhalten fördern oder tolerieren und er habe gleichzeitig gesagt, dankenswerterweise habe der Rat der Einrichtung des Bürgeramtes zugestimmt. Er dürfe daran erinnern, das sei ein Antrag aus der Mitte des Rates und nicht von der Verwaltung gewesen, den die Verwaltung umgesetzt habe. Der Oberbürgermeister hebe jetzt darauf ab, dass diese 170.000 Euro für die Telefonanlage ansonsten von der Stadt allein getragen werden müsse und dass der Rat Geld ausschlage, das schon verfügbar sei. Wie er bereits in den Etatberatungen im Haupt- und Finanzausschuss gesagt habe, halte er dies für sehr interessant. Wenn der Rat etwas wolle und dies beschlossen habe, dann dauere es manchmal Jahre, bis der entsprechende Zuschuss vorläge. Wenn aber von Oben etwas gewollt werde, dann sei das Geld schon da, bevor die Maßnahme überhaupt beraten worden sei. Es gehöre auch dazu, dass bei der Diskussion zunächst drohend gesagt worden sei, es handle sich um EU-Vorgaben und auf Nachfragen heiße es dann aber, es seien doch keine EU-Vorgaben.

Bezüglich der 170.000 Euro für die neue Telefonanlage müsse man dann auch einmal die Frage diskutieren, warum ein solcher Vertrag zustande gekommen sei. Das seien dann Fragen, die man in diesem Zusammenhang auch gerne beantwortet haben wolle. Der Rat wisse nicht, wer dafür verantwortlich sei, dass solche Verträge eingegangen würden, die die Stadt dann zwingen würden, nachher etwas anderes aufzurüsten. Aber darüber werde man an anderer Stelle zu diskutieren haben. Zudem habe die Verwaltung nicht erwähnt, welche Folgekosten mit diesem „Geschenk“ der Landesregierung verbunden seien. Auch da habe die Verwaltung den Rat hinters Licht führen wollen, obwohl in der ersten Beschlussvorlage zu lesen gewesen sei, dass die Empfehlungen für 15.000 Einwohner rund 1 Stelle vorsehen würden. Das wären dann bei der Stadt Koblenz 7 Stellen. Jetzt rede der Oberbürgermeister von möglichen Synergieeffekten, wenn man mit dem Land über die Angelegenheit rede. Wenn er dann sehe, wie entgegenkommend das Land bei den Schülertransporten und sonstigen Dingen sei, habe er seine Zweifel mit den

Synergieeffekten. Das sei dann mehr das „Prinzip Hoffnung“. Wenn der Rat etwas in ähnlicher Richtung beantragen und so argumentieren würde, wie hier argumentiert werde, dann würde es heißen, das sei alles „Prinzip Hoffnung“, das sei nebulös, die Folgekosten bedenke man gar nicht. Nach seiner Rechnung habe die Stadt Koblenz dann jährlich mindestens 150.000 Euro zusätzliche Folgekosten. Denn man habe richtigerweise gesagt, das Personal müsse geschult werden und habe dann Anspruch auf eine höhere Bezahlung. Bei jetzt 3 Vollzeitstellen wären das folglich doppelt so viele Kosten.

Zudem werde unterstellt, als ob dieses Personal dann in der Lage wäre, all die Probleme zu lösen, die ein Bürger haben könne. Wenn der Bürger wissen wolle, wie hoch die Friedhofsgebühren seien, dann rufe der beim Eigenbetrieb 67 an. Da bekomme er eine kompetente Auskunft mit all den Grabmöglichkeiten und die Mitarbeiter brauchten noch nicht einmal in eine Datenbank zu schauen, weil das ihr Tagesgeschäft sei. Wenn man etwas wissen wolle über die Abwassergebühren, dann rufe man bei dem Eigenbetrieb 85 an. Wenn man etwas wissen wolle über die Straßenreinigung und aktuell über den Winterdienst, dann rufe man beim Eigenbetrieb 70 an und bekomme in der Regel sogar den Werkleiter an den Hörer und somit eine Auskunft, wie sie besser gar nicht gegeben werden könne. In eine Datenbank könnten auch die Personen schauen, die so abwertend als „die nur die Knöpfchen drücken“ bezeichnet würden. Sie könnten dann auch zur Not in die Datenbank gucken. Dies müsse man alles im Kontext sehen und ein bisschen darüber hinaus. Der Rat hätte besser in der Vergangenheit einmal das eine oder andere „Geschenk“ ausgeschlagen, denn dann wären der Stadt Koblenz viele Kosten bzw. Folgekosten erspart geblieben. Im vorliegenden Fall sei der Rat sehr kritisch und deswegen lehne man die Beschlussvorlage auch ab.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann legt Wert darauf, sachlich diskutiert zu haben. Wenn hier geäußert werde, die Verwaltung wolle den Rat in der Sache hinter Licht führen, dann seien diese Äußerungen und Formulierungen einer sehr freundschaftlichen, sachlichen Atmosphäre nun wirklich abträglich. Dies erwecke den Eindruck, als wenn man alles daran gesetzt hätte, den Rat zu täuschen. Er finde es nicht in Ordnung, wie Rm Lehmkuhler kurzer Hand solche Dinge in den Raum stelle. Es sei unerträglich, was manchmal gesagt werde.

Er wolle auch noch den einen Hinweis aufgreifen, dass bei der Verwaltung dann alles schnell ginge, wenn sie wolle. Das habe hier einen ganz einfachen Grund. Natürlich habe das Ministerium mit den großen Städten wie Mainz, Trier, Koblenz oder auch mit Kreisen Kontakt aufgenommen und gesagt, wenn vor Ablauf des Jahres 2009 Anträge eingereicht würden, dann könne man diese Maßnahme aus dem Konjunkturprogramm noch zu 100 % finanzieren. Wenn die Verwaltung nicht so gehandelt hätte, dann hätte es seitens des Rates geheißen, man vertrete die Interessen der Stadt nicht und hätte sofort einen solchen Antrag stellen müssen, um dies zu sichern. Diesen Antrag habe die Verwaltung gestellt, natürlich wissend, dass letztlich der Rat darüber zu entscheiden habe. Dieses Handeln könne doch nicht zur Kritik führen und dazu, dass die böse Verwaltung etwas gemacht habe, das nicht rechtens sei. Vielmehr müsste doch dafür Lob erfolgen, dass man zumindest die Anwartschaft einhole und sichere, obwohl der Rat jetzt selbst zu entscheiden habe. Er denke, da würden doch die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Man habe rein fürsorglich und verantwortlich den Antrag abgegeben und natürlich habe das Ministerium im Vertrauen darauf, dass die Angelegenheit weitergehe, dann auch schon gezahlt. Dies sei aus Abrechnungsgründen auch notwendig, weil man bezüglich der Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms natürlich in das Abrechnungsjahr 2009 kommen müsse. Er sage es noch einmal ganz deutlich, man müsse für die neue Anlage in nächster Zukunft Geld in die Hand nehmen und diese wäre mit den Zuschüssen in Höhe von 250.000 Euro voll finanziert. Diese schicke man sonst zurück angesichts der Tatsache, dass man ein riesiges Defizit im

Haushalt habe und nur weil der Rat sage: „Ich weiß nicht, wie das später mit dem Personal aussieht.“ Die Verwaltung brauche Personal, aber man wolle es sukzessive aufbauen. Unabhängig davon, dass der Rat heute sage, er wolle das Projekt „D-115“ nicht, werde sich die Stadt Koblenz in allernächster Zeit einklinken müssen, weil alle anderen dies auch tun würden.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen merkt an, nach der Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss um diesen Punkt sowie auch um einen anderen Punkt, wo es um den Servicegedanken gegangen sei, wundere es sie eigentlich nicht, was sie sich hier heute anhören müsse. Die Chance, die Stadt als moderne Verwaltung, das Oberzentrum Koblenz, Koblenz am Mittelrhein als modernes Unternehmen nach draußen zu verkaufen, verpasse man, wenn man die Angelegenheit hier ablehne. Es sei aber wichtig, dass zunächst erst einmal die Disziplin in der Verwaltung gelebt werde, indem die Verwaltung darüber nachdenke, wie sie ihren Telefonservice aufbaue (bei Abwesenheit ein Telefon umstellen, einen Anrufbeantworter installieren, etc). Man wisse, dass die Qualität intern verbessert werden müsse. Mit diesem Projekt „D – 115“ habe Koblenz die Chance, die Qualität zu verbessern. Man traue der Verwaltung auch zu, dass sie mit dem vorhandenen Personal und keinen weiteren Kosten nach 2011 in der Lage sei, dieses Projekt auf die Beine zu stellen.

Die FDP-Fraktion rege daher an, seitens der Verwaltung zu prüfen, ob es möglich sei, ohne weiteres Personal nach 2011 diesen Servicegedanken zu leben. Dies bedeute, man hätte die Anlage und geschultes Personal und man bekomme jetzt die Leiharbeiter, die die Verwaltung dabei unterstützen würden. Sie bitte die Verwaltung, diese Prüfung im nächsten Haupt- und Finanzausschuss zu präsentieren und dann im darauf folgenden Stadtrat die Angelegenheit erneut zur Entscheidung vorzulegen.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann weist darauf hin, man beabsichtige eine Ausdehnung der Arbeitszeit und dann liege es auf der Hand, dass man auch mehr Personal benötige.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke äußert, bisher habe niemand 100%ig sagen können, ob es wirklich zwingend sei, dass über kurz oder lang die „D – 115“ sowieso kommen müsse. Wenn es so wäre, dass in absehbarer Zeit die „D – 115“ verpflichtend sei, dann stimme die FBG-Fraktion diesem Antrag zu. Falls es aber nicht verpflichtend und erst in den nächsten 20 Jahren einmal kommen müsse, dann sollte man sich jetzt hier an den Haushalt halten und die Angelegenheit verschieben. Da der Oberbürgermeister zuvor gesagt habe, dies komme so sicher wie das Amen in der Kirche, dann wolle er wissen, warum und woher er die Informationen habe, dass es wirklich kommen müsse.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann erklärt, die Maßnahme sei nicht in einem Gesetz vorgeschrieben, aber in den Unterlagen werde dargelegt, dass sich schon eine Reihe von anderen Kommunen ebenfalls mit der Einrichtung von „D – 115“ befassen würden und es sei doch wohl ganz logisch, wenn ein oder zwei größere Gemeinden um Koblenz herum so etwas einrichten würden, dann komme auch Koblenz unter Druck, diesen Service anzubieten. Dabei versuche man zunächst, ein Konzept zu entwickeln, mit dem man jetzt beginnen könne, um in Kooperation mit dem Landkreis und anderen Gebietskörperschaften durch das Zusammenlegen von Know-how, Personal und Hardware Einsparungen vornehmen zu können, die man, wenn man alles alleine machen würde, bezogen auf Koblenz nicht hätte.

Rm Scherhag (CDU) führt aus, der Oberbürgermeister spreche einen ganz wichtigen Punkt - nämlich die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen im Kreis Mayen-Koblenz - an. Diesen

Punkt habe zuvor auch Rm Diehl (CDU) genannt. Nach seiner Auffassung müsse dies jetzt geklärt werden, bevor so eine weit reichende Entscheidung seitens des Rates getroffen werde und Koblenz als Pilot teuer bezahlen und gegebenenfalls gleich die ersten Erfahrungen machen müsse, die vielleicht nicht positiv seien. Der Stadtvorstand habe am 30.11.2009 getagt und seines Wissens habe danach noch einmal eine Stadtratssitzung am 18.12.2009 stattgefunden. Dort hätte der Rat auch noch einmal eine Information erhalten können. Die CDU-Fraktion sei auch nicht grundsätzlich der Meinung, dass an dem Dienstleistungsgedanken oder der Dienstleistungsoptimierung der Stadt nicht weiter gearbeitet werden könne, sondern man sei der Meinung, dass der Rat so dem Vorschlag nicht zustimmen könne, ohne diese offenen Punkte geklärt zu haben. Wenn die Hausaufgaben gemacht seien, dann könne der Rat noch einmal darüber beraten und entscheiden.

Rm Altmaier (SPD) berichtet, wenn man „D-115“ in eine Suchmaschine im Internet eingebe, erhalte man die Information, dass diese 2007 aus einem Projekt heraus entstanden sei zwischen dem BMI, dem Land Hessen und dann mit entsprechenden Experten aus Städten, Ländern und Bund, die ein Feinkonzept erarbeitet hätten. Am 24.03.2009 sei dies dann entsprechend in Modellregionen gestartet und jetzt gebe es eine zweijährige Pilotphase darüber, wie die Erfahrungen in den Kommunen, den Landes- und Bundesbehörden und der Verwaltung aussähen. Ziel sei es, die Bürgernähe zu verbessern, die Effizienz zu stärken, Kooperation / Innovation entsprechend zu fördern und es sei ein internationaler Trend. In New York gebe es „Call-311“ und „Service Publik France“ sei unter der Nummer „3939“ erreichbar. Aber auch in der Bundesrepublik gebe es verschiedene Städte, die derzeit die „D-115“ testen würden: die Stadt Berlin, die Hansestadt Hamburg, die Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel. In NRW gebe es zahlreiche Gemeinden, deswegen nenne er nur Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg und Köln. In Niedersachsen sei es die Stadt Oldenburg, die derzeit „D – 115“ ausprobiere. Darüber hinaus beteiligten sich alle Bundesämter bzw. Bundesbehörden. Selbst Frau Dr. Merkel sei unter „D – 115“ erreichbar – so zumindest das Internet. Insofern wolle er anregen, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und von Seiten der Verwaltung mit der einen oder anderen genannten Kommune noch einmal Kontakt aufzunehmen, dort Erfahrungsberichte abzufragen, um dann vielleicht in der nächsten Ratssitzung am 04.03.2010 noch einmal darüber reden zu können.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann hält dies für einen guten Vorschlag.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) trägt vor, das Projekt finde seine Fraktion grundsätzlich in Ordnung. Man finde es aber nicht in Ordnung, dass das Land einen Investitionskostenzuschuss gewähre und damit Personalkosten voraussetze. In der Vorlage sei nachzulesen, dass diese Personalkosten im Projekt festgeschrieben seien. Wenn das Personal nicht bereitgestellt werde, dann erhalte man den Zuschuss nicht. Das sei das Problem, das verärgere. Es sei für viele einfach eine Bevormundung, dass man ein Investitionsgeschenk bekomme, das Folgkosten verursache. Das sei nicht in Ordnung und dagegen wehren man sich - grundsätzlich gegen die Sache aber nicht. Er glaube auch, dass die interkommunale Zusammenarbeit hier ein wichtiges Thema darstelle. Das müsse man gerade bei diesem Projekt nach vorne bringen und dann könne man vielleicht einen Synergieeffekt erzielen. So habe man keine zusätzlichen Personalkosten, wenn man sich die Aufgabe mit dem Landkreis teile. Das wäre der Vorschlag seiner Fraktion und deshalb stimme er zu, die Thematik noch einmal zu überarbeiten.

Rm Wefelscheid (BIZ) merkt an, die BIZ-Fraktion vertrete eine ähnliche Sichtweise wie der Vorredner. 2012 werde für Koblenz das entscheidende Jahr, wenn man dann auch die Zahlen der BUGA kenne. Der Rat sollte sich daher hüten, Projekte anzugehen, die 2012 erst wirksam würden.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann hält entgegen, 1 bis 2 Jahre zu warten, heiße 250.000 Euro Zuschüsse abzuschreiben.

Rm Wefelscheid (BIZ) ergänzt noch, man habe im Haupt- und Finanzausschuss auch darüber gesprochen und die Frage von Rm Gniffke (FBG) habe bisher nicht richtig beantwortet werden können, ob jetzt tatsächlich investiert werden müsse, weil die Maßnahme auf jeden Fall kommen werde. Die Frage sei heute unbeantwortet geblieben.

Darüber hinaus wolle er noch den Ausführungen des Oberbürgermeisters widersprechen, der Stadtvorstand müsse dafür gelobt werden, dass er die Mittel organisiert habe. Das setze den Rat in einen gewissen Zugzwang und dies werde bewusst auch so eingesetzt. Es wäre besser gewesen, wenn man dies in der Ratssitzung im Dezember besprochen hätte.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann gibt zu bedenken, dass die Angelegenheit seit 30.11.2009 bekannt sei und am 18.12.2009 habe es eine Tagesordnung für den Stadtrat gegeben, die schon maßlos über Gebühr viele Tagesordnungspunkte enthalten habe. Daraus, dass die Verwaltung in sorgfältiger und verantwortlicher Weise zunächst „Ja“ gesagt und sich die 250.000 Euro gesichert habe aus dem Konjunkturprogramm für 2009, könne man ihr doch keinen Vorwurf machen. Auch nicht über die Verfahrensweise, denn es sei klar gewesen, dass der Stadtrat darüber zu befinden habe und es sei jetzt die erste Stadtratssitzung, in der man die Angelegenheit auf normalem, regulärem Wege beraten konnte. Die Verwaltung hätte sonst schon am 04.12.2009 alle Unterlagen dazu verschicken müssen. So schnell könne die Verwaltung nicht bei allen Dingen arbeiten. Diese sei ohnehin bis oben hin mit Arbeit zu. Daraus einen Vorwurf zu konstruieren, sei schon sehr weit hergeholt. Aber er greife den Vorschlag von Rm Altmaier (SPD) und Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) auf, eine Denkpause bis zur nächsten Sitzung des Rates einzulegen und zwischenzeitlich noch einmal in anderen Städten die Erfahrungen abzufragen, um vielleicht auch mit einem entsprechenden Papier in den Rat zu kommen.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer führt aus, die Verwaltung bringe diese Angelegenheit im Zusammenhang mit der Erneuerung der Telefonanlage für 170.000 Euro. Bei Erstellung des Haushalts habe man dies auch schon gewusst. In den Unterlagen habe sie aber diesbezüglich nichts gesehen. Jetzt bringe man dies in Zusammenhang mit dem Projekt „D-115“. Sie vertrete die Auffassung, wenn Unterhaltungen anständen, dann sollte man auch solche Positionen direkt vorlegen, damit das eine mit dem anderen nicht verquickt werden müsse. Wenn jetzt das Konjunkturprogramm II nicht gekommen wäre, dann wisse sie nicht, ob es irgendwo vorgelegt worden wäre.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann merkt an, die Anmeldung der Haushaltsmittel erfolge über das Fachamt. Aber diese Möglichkeit habe sich mit den Haushaltsberatungen überkreuzt. Seines Wissens werde seit September verwaltungsintern diese Angelegenheit geprüft und es ließe sich wahrscheinlich mit der Tatsache erklären, dass entsprechende Zuschüsse seitens

des Landes avisiert worden seien. Der dazugehörige Bescheid, datiert von Mitte Dezember, liege den Unterlagen bei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

„Der Stadtrat hat die Angelegenheit von der Tagesordnung abgesetzt.

Sie soll in die Tagesordnungen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.02.2010 sowie der Sitzung des Stadtrates am 04.03.2010 aufgenommen werden.“